



„Die CDU hat Pegida den Boden bereitet“

Es wurde zu lange Politik für Reiche gemacht, meint Linke-Fraktionschef André Schollbach. Das solle sich in Dresden ändern.

Herr Schollbach, Montag für Montag demonstriert Pegida hier. Wie sollte die Politik damit umgehen?

Ich denke, rassistischen Auswüchsen und dem Schüren billiger Vorurteile muss entschlossen entgegengetreten werden. Leider ist es so, dass vor allem die CDU herumlaviert. Einerseits waren von der Oberbürgermeisterin erfreulich klare Worte zu vernehmen. Andererseits biedern sich Teile der Partei bis in die Regierung hinein opportunistisch bei Pegida an.

Die Politik macht insgesamt keinen guten Eindruck. Wen meinen Sie konkret?

Beispielsweise CDU-Innenminister Ulbig, der versucht, sich auf Kosten von Asylbewerbern an Pegida heranzuwanzeln. Obwohl bewiesen ist, dass Asylbewerber nicht krimineller sind als Deutsche, hat er angekündigt, eine Polizeisondereinheit zu bilden. Ein derartiges Verhalten ist rückgratlos und feige. So werden aus der Regierung heraus Vorurteile geschürt. Damit wird der Pegida-Bewegung der Boden bereitet.

Inwiefern?

Dass das Zentrum der Pegida-Bewegung in Dresden liegt, ist kein Zufall, sondern die Konsequenz einer länger währenden Entwicklung. Die jahrelange CDU-Hegemonie und der damit verbundene konservative Mief haben das Entstehen von Pegida begünstigt. Diese Partei hat den antifaschistischen Protest gegen die Naziaufmärsche rund um den 13. Februar über viele Jahre hinweg kriminalisiert und diskreditiert. Rechten Auswüchsen wurde Raum gelassen. Im Februar 2014 durften sich Nazis sogar mit Fackeln vor der Trümmerfrau in Szene setzen. Faschistische und reaktionäre Kräfte müssen so etwas geradezu als Einladung empfinden. Nun ist zu beobachten, wie hartgesottene Nazis und Hooligans bei den Pegida-Demos mitmarschieren.

Sie meinen also, die CDU trägt die Schuld an den Pegida-Demos?

Sie hat mit ihrer Politik zum Auseinanderdriften unserer Gesellschaft beigetragen. Seit Jahren wird eine systematische



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Umverteilung des Vermögens von unten nach oben betrieben. Steuererleichterungen für Reiche sowie die „Hartz IV“-Gesetzgebung haben dazu geführt, dass die Mittelschicht schrumpft und eine Menge Leute am Existenzminimum leben müssen. Vielfach drohen trotz jahrelanger Berufstätigkeit Armutsrenten. Deshalb haben nicht wenige Menschen, die jetzt auf die Straße gehen, berechtigte Ängste. Sie ziehen jedoch eine falsche Schlussfolgerung. Denn die Ursachen für die Probleme liegen nicht bei den Asylbewerbern, sondern in einem verfehlten politischen Kurs der Regierenden.

Was kann helfen? Fehlt die klare Linie in der CDU?

Symbolpolitik gegen rechte Auswüchse genügt nicht. Statt wohlfeiler Sonntagsreden bedarf es kontinuierlicher Arbeit gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen und der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Und dann verschwindet Pegida?

Es reicht nicht, nur die Symptome zu bekämpfen. Man muss an die Ursachen von Unzufriedenheit und Ängsten heran. Dazu bedarf es einer deutlichen Kurskorrektur in der Frage der Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft. Es muss deutlich mehr getan werden für Bildung, Kultur und die soziale Entwicklung. Auch bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen lässt sich einiges verbessern. In diesen Bereichen muss zielgerichtet angesetzt werden. Pegida beruht nicht auf guten oder schlechten Konzepten, sondern auf länger aufgestautem Unmut, Sorgen und Ängsten.

Was wird die Linke konkret für die Umverteilung in Dresden ändern?

Wir streiten für eine sozial gerechte Gesellschaft und bemühen uns um eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen. Dazu im Gegensatz haben CDU und FDP jahrelang eine Politik für die Reichen gemacht. Ein Beispiel: Mit Steuermitteln wurde der Abriss von über zehntausend Wohnungen in Dres-

den staatlich subventioniert. Dies ging klar zulasten der Mieter und war im Interesse der Immobilienhaie und Spekulanten. Nun gibt es mit der neuen Mehrheit im Stadtrat einen Kurswechsel.

Was wird sich konkret für die Dresdner ändern und wann?

Beispielsweise wird noch in diesem Jahr ein richtiges Sozialticket für Bus und Bahn eingeführt. Es ist kein Zustand, dass Menschen aus finanzieller Not heraus erst schwarzfahren und anschließend dafür vor Gericht gezerrt werden. Auch im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit wird es spürbare Verbesserungen geben. Dort haben wir erreichen können, dass deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. So sollen die Weichen von vornherein anders gestellt werden, um nicht später soziale Fehlentwicklungen teuer reparieren zu müssen. Ebenfalls in diesem Jahr wird eine städtische Wohnungsbaugesellschaft gegründet, um den steigenden Mieten entgegenwirken zu können.

Wie wichtig ist es da, mehr Einfluss auf die Rathausführung zu haben?

Die Stadtratswahl war ein erster Schritt für eine bessere Politik. Der zweite wesentliche Schritt besteht nun darin, die CDU-Dominanz an der Rathausspitze zu beenden, damit wichtige Projekte im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich vorangetrieben werden können.

Rot-Grün-Rot will also Bürgermeister und den Oberbürgermeister stellen?

Für dieses Ziel werden wir in den kommenden Monaten gemeinsam kämpfen.

Wen wird das Bündnis dann bald als Kandidaten präsentieren?

Eine Persönlichkeit, die geeignet ist, die Landeshauptstadt Dresden in ihrer Vielfalt zu repräsentieren und voranzubringen.

Das Gespräch führte Andreas Weller.

Mit freundlicher Genehmigung der „Sächsischen Zeitung“ Quelle: Sächsische Zeitung am 21.01.2015, S. 15

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Januar 2015

DRUCKSACHE #1

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



Eigentum verpflichtet!

Dresden braucht bezahlbaren Wohnraum, aber keine Luxusbebauung im Hochwassergebiet am Elbufer.

HafenCity und Marina Garden halten Stadtrat weiter in Atem

Seit Monaten ruhen die Hoffnungen vieler Dresdner Elbanlieger auf Rot-grün-rot. Ihre Sorge: HafenCity und Marina Garden sind Megaprojekte, die in Überschwemmungsgebiete gebaut werden sollen, damit nicht nur katastrophale Folgen für den Hochwasserschutz haben könnten, sondern auch gewachsene Strukturen Kulturschaffender verdrängen. Letztere erleben die Macht des Geldes einer Investorin, die nicht nur eine Heerschar von Anwälten gegen Nutzer und Stadt zu Felde ziehen lässt, sondern sogar damit droht, den Elbe-Radweg zu sperren. André Schollbach hält dagegen. "Das Grundgesetz sagt in

Paragraph 14, Eigentum verpflichte und solle zugleich dem Allgemeinwohl zu Gute kommen." Die Entscheidungen im Einzelnen: **Bebauungsplan 357 B - HafenCity** Rot-grün-rot setzt Vertagung durch. Wir warten die sogenannten Hochwasserlinien ab, um die Risiken für Natur und Mensch abschätzen zu können. Vorher wird nichts geplant. **Bebauungsplan 357 C - Marina Garden** Rot-grün-rot setzt sich mit einem eigenen Antrag durch. Ziel: Eine **Veränderungssperre für das Areal, verbesserter Hochwasserschutz, kleinere, stadtteilverträgliche Bebauung, Raum für Kulturschaffende.**



RATSSPLITTER

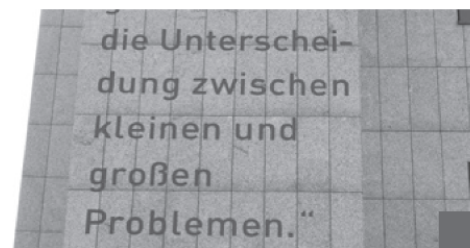
Frieden leben

Den Beginn der Stadtratssitzung markierte eine Aktuelle Stunde zum 13. Februar - beantragt durch die AfD. Für Stadträtin Margot Gaitzsch ist das Datum Verpflichtung, "sich der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu stellen und uns für den Frieden einzusetzen. Dresden soll eine Stadt des Friedens sein - auch des sozialen Friedens."



Kita gesichert

Die Kita Hausdorfer Straße 4 wird in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt genommen. Die Refinanzierung der Baukosten erfolgt durch die Stadt - Laufzeit 15 Jahre. Unser Votum aus Verantwortung für die städtischen Finanzen: Der Restwert des Gebäudes soll durch den Betreiber ausgeglichen werden. **Das sichert den Betrieb der Kita und nimmt den Evangelischen Schulverein als Kita-Träger in die Pflicht.**



"Warum kriegt Dresden einen Koreaplatz?", fragt die MOPO. Einfache Antwort: Die südkoreanische Präsidentin hatte ihn sich gewünscht und die Oberbürgermeisterin möchte sich ein weltpolitisches Denkmal setzen - auf einem Parkplatz am Bahnhof Mitte - und zwar ohne Beratung in den Ausschüssen. Kritik daran gibt es auf einer nächsten Sitzung - um 22.25 Uhr verzichtete der Stadtrat auf die Befassung mit weltpolitischen Denkmälern.

Einbahnstraße

Unterirdisch.

Gegen unsere Stimmen: Neustädter Tunnel wird verfüllt.

Die Grünen-Stadträtin Margit Haase bezeichnete den Tunnel am Neustädter Markt als "Kind der Zeit". Für die Grünen offenbar ein ungeliebtes Kind. Sie beantragten eine Verfüllung des Tunnels. Eine beliebte und sichere Querung zuzuschütten - das ist für

Tilo Kießling "Ausdruck der Entfernung der Politik vom Bürger." **Von SPD und LINKEN deshalb ein klares Votum: für den Erhalt markanter Architektur - Tunnel aus Flutfördermitteln sanieren und oberirdische Querung verbessern.** Für Tilo Wirtz war damit "die Vernunft auf unserer Seite", diesmal leider auf der Seite der Minderheit.

Ein Gespräch mit Anja Apel und Ulrike Caspary zur Asyldebatte im Dresdner Norden

Aktiv werden und tolerant miteinander umgehen

Am 3.11.14 wurde zum ersten Mal über die Vorlage „V0085/14 - Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“ im Ortsbeirat in Klotzsche gesprochen.

Bereits für den ersten Montag nach der Ortsbeiratssitzung wurde eine Demonstration gegen den Bau des Asylbewerberheimes in der Karl-Marx-Straße angemeldet. Nachdem Anja Apel, Stadträtin DIE LINKE, und Ulrike Caspary, Bündnis 90/Die Grünen, davon erfahren hatten, meldeten sie direkt eine eigene Demonstration an. Damit erhielten die Menschen des Dresdner Nordens, die dem Asylbewerberheim nicht ablehnend gegenüber standen die Möglichkeit, öffentlich ihre Haltung zu zeigen. Die Stadträtinnen organisierten in Dresden Klotzsche Aktionen für das Asylbewerberheim, einen Runden Tisch Asyl und ein Bürgergespräch, an dem etwa 400 BürgerInnen teilnahmen.

Welche Gefühle hattet ihr, Anja und Ulrike, bei den Begegnungen mit den Gegendemonstranten in Klotzsche?

Ulrike: Ich fand es erschreckend, welcher Graben sich auftut und wie groß die Unterschiede in den Meinungen waren. Es war sehr frustrierend, wie wenig die Gegner Argumenten zugänglich waren und Tatsachen einfach verdrehten.

Anja: Mich verblüfft immer wieder, mit welcher Ernsthaftigkeit Behauptungen gebracht werden, welche vollkommen unsinnig sind. Zum Beispiel als ich gefragt wurde ob ich vielleicht in zwei Jahren die Burka tragen will.

Glaubst du, Ulrike, dass sich die Situation in nächster Zeit verändern wird?

Ulrike: Ich glaube, dass es wichtig ist in den Ortsbereichen aktiv zu sein, um persönlicher in Kontakt zu kommen. Wirklich etwas ändern kann es sich erst durch das Kennenlernen von Asylbewerbern und Einwohnern. Besonders wichtig ist es, die Asylbewerber in das Leben im Ortsteil einzubeziehen, zum Beispiel in Sportvereinen.

Anja, du warst doch mit Schülerinnen und Schülern zur Demo in Klotzsche, wie war das für sie?

Anja: Mich hat die Haltung der Asylgegner zu den Jugendlichen sehr wütend

gemacht. Sie haben ihnen das Recht auf eine eigene Meinung zur Asylfrage abgesprochen mit der Begründung, dass sie keine Lebenserfahrung hätten und keine Steuern zahlen. Zu meinem Erstaunen sind die Schülerinnen und Schüler trotzdem sehr sachlich geblieben und haben noch zwei Stunden weiter diskutiert. Da hätte ich schon längst aufgegeben.

Ulrike: Wenn es für mich etwas Positives geben sollte, dann ist es jetzt in der derzeitigen Situation die Notwendigkeit in der Gesellschaft insgesamt toleranter miteinander umzugehen. Wir erleben, dass viele Menschen das nicht können. Ich finde es ganz wichtig, dass bereits in der Schule so etwas vermittelt wird.

Anja: Positiv ist auch, dass jetzt auch BürgerInnen aktiv werden, die vorher abseits standen. Wir werden gefragt, welche Formen der Unterstützung es geben kann. Es gibt konkrete Hilfsangebote von Sprachkursen bis zu Spielzeugspenden von jungen aber auch sehr alten Menschen.

Wir machen jedenfalls weiter und hoffen dass sich die Arbeit auf breitere Schultern verteilt. Schon jetzt haben wir viele Menschen kennengelernt, die hier in Klotzsche und Hellerau daran mitwirken wollen, dass die AsylbewerberInnen sich wohl fühlen. Das gibt uns Optimismus für unsere weitere Arbeit.



Stadträtinnen Cornelia Eichner, Anja Apel und Ulrike Caspary im Gespräch
Foto: Andreas Naumann

Empfehlungen für die Organisation

- Verbindungen herstellen zu Vereinen, Kirchgemeinden, Schulen, Kindergärten und dem Ortsbeirat,
- die Reservierung von Räumen in den Rathäusern durch die Stadträte organisieren oder in Kirchen und Schulen anfragen,
- für eine Bürgerversammlung Fachkräfte gewinnen: Sozialamt, Stadtplanungsamt, Polizei, VertreterInnen des Ausländerbeirates, Sächsischer Flüchtlingsrat,
- eventuell einen Moderater/Moderatorin suchen, zum Beispiel bei der Landeszentrale für politische Bildung nachfragen,
- Demonstrationen oder öffentliche Versammlungen anmelden: www.dresden.de, dann Anzeige einer Versammlung,
- einen E-Mail Verteiler anlegen für die schnellere Verbreitung von Informationen

Leipziger Vorstadt: Quartiersentwicklung muss vorbeugenden Hochwasserschutz berücksichtigen

Freiräume erhalten

von Jacqueline Muth

Investoren sprechen von einer angeblichen „neuen politische Willkür“ im Dresdner Rat. Sie fürchten um ihre Renditen und drohen voreilig mit Schadenersatz-Forderungen und Klagen, sollte die Politik nicht in ihrem Sinne agieren.

Warum wird der eine Bebauungsplan aufgestellt und der andere verschoben? Zuerst sollte es gar keinen Hochwasserschutz geben, nun aber unbedingt.

Wird nun innerhalb kurzer Zeit gebaut oder dauert der ganze Prozess noch viele Jahre? Warum wird in einem Überschwemmungsgebiet eigentlich gebaut - ist das nicht verboten? Wird Regine Töberich (Dresdenbau GmbH) den Radweg sperren lassen, wie sie es öffentlich ankündigte? Auch muss wohl ein erheblicher Teil

des Streits als rein populistisch und effekt-heischerisch bezeichnet werden: Die neuen Oppositionsparteien CDU und FDP werfen der rot-grün-rot-orangen Mehrheit Verhinderungs- und Klientelpolitik vor. Investoren fürchten durch die angebliche „neue politische Willkür“ im Dresdner Rat um ihre Renditen und drohen mit Schadenersatz-Forderungen und Klagen.

Die angebliche Scheu vor „moderner Architektur“ der Dresdner Bevölkerung mit ihren barocken Geschmäckern wird ebenfalls hin und wieder heraufbeschworen.

Nimmt man andererseits das Hochwasserschutzgesetz (2005) zur Hand, wundert man sich doch sehr. Unter dem Eindruck immer stärkerer Niederschlagsextreme und immer häufigerer Hochwässer tendiert die Bundesregie-

rung dahin, den Flüssen mehr Raum zu lassen. Flussufer sollen möglichst unbebaut bleiben, bestehende Bebauung gar teilweise abgetragen werden.

Leider hinken hier die Landesgesetze – nicht nur in Sachsen – ein wenig hinterher. Hier wird häufig auch weiter auf maximale Ausbeutung von Baugrundstücken gesetzt, auch am Fluss. Es scheint, als solle noch jeder Winkel betoniert werden, bevor womöglich die „Umweltschützer“ sich mit ihren träumerischen Ideen durchsetzen von einer gesunden und lebendigen Stadt im Einklang mit der Natur.

Da steht die Frage im Raum: Ist es tatsächlich noch modern, die Städte bis an den Fluss heran zu verdichten? Nicht nur die zunehmende Zahl von Überflutungen mahnt anderes. Auch die Lebensqualität der Städter profitiert vom grünen Band der Elbe, das sich durch Dresden schlängelt. Dieses zu bewahren – das ist nicht rückwärtsgewandt. Das ist modern.



Freiräume
statt Beton!
Hafencity stoppen!
DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Der Machtkampf um die Quartiersentwicklung Leipziger Vorstadt/ Neustädter Hafen wird im Stadtrat und auch öffentlich derart komplex diskutiert, dass er auf den ersten Blick nicht immer leicht zu durchschauen ist. Man kann es aber auch ganz bündig ausdrücken und mit einem Zitat von André Schollbach aus der Stadtratssitzung von 22.1.2015 möchte ich schließen: „Eine Bebauung mit Luxuswohnungen im Flutgebiet halten wir für grob dämlich.“

KOLUMNE

ganz
hinten
links



von Jens Matthis

„Bunt“ und „Weltoffen“ ist Dresden. Zweifel? Man muss es nur bei jeder Gelegenheit wiederholen und fest dran glauben – dann wird es schon.

Während sich mancher Fremde auf Dresdens Straßen mitunter etwas mulmig fühlt und mancher Dresdner in der Fremde unangenehme Fragen beantworten muss, setzt Dresden ein besonderes Zeichen für Weltoffenheit.

Dresden bekommt einen KOREA-Platz. Zugegeben, es ist eine Dreckecke hinterm Bahnhof Mitte, aber nach allen Seiten offen.

Nun haben die Dresdner ihre Straßen und Plätze nach allen möglichen benannt, nach Flurbezeichnungen und Gewerken, nach Blumen und Bäumen, nach verdienstvollen Personen und albernem Prinzessinnen, und schließlich nach Vororten und fernen Städten. Aber nach einem fernen Land wurde noch nie etwas benannt. Noch nicht mal nach der Sowjetunion.

Wie kommts?

Die konservative südkoreanische Staatspräsidentin Park Geun-hye beehrte im vergangenen Jahr Dresden. Die Tochter des früheren Putschisten und Militärdiktators Park Chung-hee, der Südkorea 18 Jahre lang mit eiserner Hand regierte, gestattet Dresden gnädig die Namensverleihung. Eilfertig wurde dies zugesagt.

Die Dresdner selbst waren von ihrer plötzlichen besonderen Beziehung zu Südkorea zwar etwas überrascht, aber Weltoffenheit ist nun mal Weltoffenheit. Und wer will schon Staatsgästen widersprechen.

Dass Dresden trotz Wladimirs Putins und Barack Obamas Visiten weder eine Russische Straße noch einen Platz der USA hat, fällt dabei kaum ins Gewicht.

Schließlich wäre der Park verliehene Ehrendoktorhut der TU Dresden allein etwas mickrig gewesen für eine so weltoffene Stadt.

Apropos weltoffen: Dresden hat weltweit 13 Partnerstädte. Sechs davon finden sich auch im Dresdner Stadtplan: Hamburg, Salzburg, St. Petersburg, Straßburg, Coventry und mit einem Augenzwinkern auch Columbus. Sieben Städte, nämlich Hangzhou, Brazzaville, Rotterdam, Florenz, Skopje, Wrocław und Ostrava warten noch immer auf eine Dresdner Straßenbenennung.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Utopie oder machbare Zukunftsvision? Ein Gedankenspiel

Die fast autofreie Großstadt

von Matthias Kunert

Die Vision

Stellen Sie sich vor, es ist ein Sommertag im Jahr 2025: Sie treten morgens aus Ihrer Wohnung hinaus auf den Bürgersteig. Neben dem Gehweg verläuft ein breiter Grünstreifen, auf dem die Stadt vor ein paar Jahren Bäume gepflanzt hat. Die sind jetzt schon so groß, dass sie angenehmen Schatten spenden. Dazwischen haben Sie und Ihre Nachbarn Blumen gepflanzt, die wunderbar duften. Kaum zu glauben, dass sich an dieser Stelle vor 10 Jahren noch lückenlos parkende Autos aneinander reihten und es nach Abgas, statt nach Blumen roch. Es ist noch früh am Morgen. Obwohl schon viele Menschen unterwegs sind, ist es so ruhig, dass man das Zwitschern der Vögel, die spielenden Kinder im Nachbarhaus und die Stimmen aus dem Straßencafé auf der anderen Straßenseite hören kann. Das liegt vor allem daran, dass kaum Autos unterwegs sind und die wenigen verbleibenden fast lautlos elektrisch vorbeigleiten. Sie selbst haben schon lange kein eigenes Auto mehr und die meisten ihrer Nachbarn auch nicht. Wozu auch? Schließlich sind in der Stadt heute alle Ziele schnell zu Fuß, per Fahrrad oder Pedelec, mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder einem Carsharing-Auto zu erreichen – und das so einfach und preiswert wie nie zuvor. Eine Eingabe in der Verkehrs-App Ihres Smartphones genügt, um alle Verbindungen zu Ihrem Ziel angezeigt zu bekommen – in Echtzeit. Und wenn Sie wirklich einmal nur umständlich an Ihr Ziel gelangen oder viel zu transportieren haben sollten, finden Sie mit Ihrer App überall schnell ein geeignetes Carsharing-Fahrzeug, vom kleinen Elektrofahrrad bis zum Lieferwagen. Wenn das Wetter schön ist, nehmen Sie ohnehin am liebsten das Rad. Seit nur noch so wenige Autos auf den Stra-



ßen unterwegs sind, macht das Radeln erst richtig Spaß. Aber auch per Bus und Bahn gelangen Sie schnell an Ihr Ziel. Hierfür müssen Sie nur wenige Meter bis zur nächsten Bushaltestelle laufen, wo Sie ein Elektro-Kleinbus zur Straßenbahn oder zur S-Bahn bringt. Wenn gerade einer vorbei gefahren ist, muss Sie das nicht in Stress versetzen, denn der nächste kommt nur wenige Minuten später. Dank der dichten Taktzeiten und der intelligenten Vernetzung der Verkehrsträger müssen sie auch beim Umsteigen nirgendwo länger warten. Tickets für Bus und Bahn braucht es schon lange nicht mehr, seit der Großteil der Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs über einen Nahverkehrsbeitrag von allen Einwohner/innen zwischen 18 und 65 Jahren getragen wird. Diese Umstellung hat ermöglicht, die Kosten für die Nutzung des Nahverkehrsangebots im Vergleich zur früheren Monatskarte mehr als zu halbieren. Allein die große Zahl

der Beitragszahler und Nutzer machte deutliche Kostensenkungen möglich. Hinzu kamen die Einspareffekte durch die Abschaffung des Ticketverkaufs, der Automaten und der Kontrolleure. Und schließlich hat die Stadt auch die Parkgebühren für Autofahrer deutlich erhöht, die jetzt zur Finanzierung des Bus- und Bahnangebots beitragen. Dass am Ende für nur 25 EUR monatlich ein so dichtes öffentliches Verkehrsangebot möglich sein würde, hatten zu Beginn viele nicht geglaubt, die gewohnt waren, für ein viel kleineres Angebot deutlich mehr Geld zu zahlen. Entsprechend haben sich die Fahrgastzahlen in den letzten 10 Jahren vervielfacht.

Wie diese Utopie Wirklichkeit werden könnte hat Matthias Kunert untersucht und beschrieben. Der gesamte Artikel ist nachzulesen unter <http://d-nb.info/1061126749/34>

Stadtelternbeirat

Sprecher*innen-Gruppe gegründet

von Cornelia Eichner

Mitte Januar 2015 gründete sich die Sprecher*innengruppe zum Aufbau des Stadtelternbeirats. Diese wird in den nächsten Wochen Funktionsweise, Statute, Geschäftsordnung entwickeln, um eine politische Legitimation des Stadtelternbeirats für die Zukunft zu gewährleisten. Darüber hinaus übernimmt sie erste konkrete Aufgaben als Schnittstelle zwischen Elternschaft und Eigenbetrieb. Somit können sich ab sofort Eltern mit Sorgen, Anregungen und Fragen, welche die Betreuung ihrer Kinder betreffen, und nicht konkret mit Einrichtung oder Eigenbetrieb geklärt werden können, an die Sprecher*innengruppe wenden. (Da die Bearbeitung von den Elternbeiräten ehrenamtlich nebenbei erfolgt, Anfragen bitte bevorzugt via eMail: isteb@web.de)

Die Initiative Stadtelternbeirat (Sascha König-Apel und Cornelia Eichner) hatte für gestern in den Lichthof des Rathauses eingeladen, um diese Sprecher*innen-

Gruppe zu gründen und erste Fragen zu klären. Gefolgt waren dieser Einladung etwa 100 interessierte Eltern, deren Kinder in den Bereichen Tagespflege, Kindergarten oder Hort untergebracht sind. Gegründet hatten König-Apel und Eichner diese Gruppe im vergangenen Jahr, da im Dezember 2013 der ehemalige Stadtelternbeirat seine Arbeit einstellte. Geleitet und moderiert wurde die gestrige Veranstaltung von Sascha König-Apel (Initiative Stadtelternbeirat); Sabine Bibas (Eigenbetrieb Kindertagesstätten) stellte ihren Vorschlag zur Ausgestaltung des Stadtelternbeirates vor. Für Diskussionen standen darüber hinaus Sabine Grohmann (Eigenbetrieb Kindertagesstätten) und Cornelia Eichner (Initiative Stadtelternbeirat) zur Verfügung, ein Angebot, das im Anschluss an die Podiumsdiskussion rege genutzt wurde. So kamen Fragen bzgl. Mittelverteilung an Kitas, Rechte von Elternräten in Kitas, Arbeitswei-



Foto: Helene Sousa / pixelio.de

se des Stadtelternrates, konzeptionelle Gestaltung von Einrichtungen, Mitwirkungsrechte von Eltern an sich u.ä.

AnsprechpartnerInnen: Cornelia Eichner und Sascha König-Apel – Sie erreichen uns über iSTEB@web.de, Tel.: 01520-4094514